

Politiker setzt sich für Berner Presse ein

Der Seeländer Grossrat Jakob Etter sorgt sich um die Zukunft der Berner Presse. Er will von der Regierung wissen, was ihr unabhängige Medien im Kanton bedeuten. Die Verfassung würde Hilfe ermöglichen.

me. Wenn von eingeschränkter Pressefreiheit die Rede ist, denkt man an China, Nordkorea oder den Irak - aber nicht an den Kanton Bern. Doch genau diese Verbindung stellt BDP-Grossrat Jakob Etter (Treiten) her «Eine freie und unabhängige Berichterstattung aus dem Kanton Bern ist in Zukunft nicht mehr gewährleistet», schreibt er in einer dringlichen Interpellation, die er gestern im Grossen Rat eingereicht hat.

Zeitungen sind unter Druck

Die Konkurrenz der Gratiszeitungen, dazu der drastische Rückgang der Inserate haben den Zeitungen schwer zugesetzt (siehe Infobox). Etter ist überzeugt, dass die bernische Presselandschaft von der wirtschaftlich schwierigen Lage ganz besonders betroffen ist. Auch die beiden Zeitungen der Gassmann AG, das «Bieler Tagblatt» und das «Journal du Jura», mussten im Winter wegen des Inseraterückgangs Stellen reduzieren. Die Zweisprachigkeit erweist sich dabei als zusätzlicher Kostenfaktor. Die «Berner Zeitung» wird von der Tamedia aus Zürich kontrolliert, ebenso die Zeitung «Bund», der in diesem Jahr grosse Veränderungen oder sogar die Einstellung drohen. Eine Petition mit dem Titel «Rettet den Bund» wurde von 8000 Personen unterzeichnet, darunter befinden sich der Musiker Kuno Lauener oder der Schriftsteller Thomas Hürlimann.

Regionales Mindestmass

Doch jetzt wird die Pressekonzentration Gegenstand der politischen Diskussion. Mit seinem Vorstoss will Etter wissen, wie weit die Regierung sich der Situation überhaupt bewusst ist und was ihr an unabhängigen Berner Medien liegt. Etter befürchtet, dass in den Printmedien immer weniger Platz für regionale Informationen zur Verfügung steht. «Wenn in Embrach 50 Personen entlassen werden, betrifft mich das als Seeländer nicht gross.» Etter verweist zudem mit Blick auf die SVF was die Zürcher Dominanz in der Parteienlandschaft für Folgen gehabt habe.

Konkret erhofft sich Etter Vorschläge, wie eine objektive Berichterstattung aus dem Kanton längerfristig gewährleistet werden kann. «Die Regierung bemüht sich bei anderen Firmen ja auch, dass diese ihren Standort im Kanton behalten.» Eifer kann sich vorstellen, dass die Regierung ein Mindestmass an regionaler Berichterstattung verlangt.

Finanzielle Hilfe sei jedoch nicht realistisch. «Da darf man sich keine Illusionen machen.» Etter will auch wissen, wie weit die Regierung über die Veränderungen bei den grossen Berner Tageszeitungen informiert gewesen sei und ob sie sich für die Erhaltung der Arbeitsplätze eingesetzt habe. Für den Berner Medienwissenschaftler Roger Blum ist es legitim, die Kantonsregierung über den Zustand der Medien zu befragen.

Kantone können Medien infrastrukturell, bei der journalistischen Ausbildung oder über die Kultur- und Sprachförderung fördern. «Aus demokratietheoretischen und demokratiepolitischen Gründen kann es nicht schaden, wenn sich eine Regierung über die abnehmende Medienvielfalt Sorgen macht», sagt Blum.

Früherer Versuch gescheitert

Dies umso mehr, als sich der Kanton Bern in der Verfassung explizit verpflichtet, «die Unabhängigkeit und Vielfalt der Informationen» zu fördern. Bern geht damit weiter als die Mehrheit der übrigen Kantone. Deshalb wurde in den 90er Jahren auch versucht, die Forderung in ein Gesetz umzumünzen. Gefährdete Zeitungen sollten gezielt unterstützt werden. Der erste Entwurf der Regierung scheiterte jedoch bereits im Vernehmlassungsverfahren. Die ordnungspolitischen Bedenken waren gross, zudem gab es Widerstand gegen die Höhe der Unterstützung. Von anfänglich mehreren Millionen blieb in einem zweiten Entwurf nur noch ein jährlicher Betrag von 150 000 Franken für die Medienförderung übrig. Eine bürgerliche Mehrheit entschied im September 1998 mit 91 zu 80 Stimmen, gar nicht auf das Gesetz einzutreten.

Die Argumente von damals sind noch immer aktuell. «Als Privatperson bedauere ich den Konzentrationsprozess», sagte Adrian Kneubühler (FDP, Nidau) gestern, aber es brauche eine Trennung zwischen Staat und Medien.

Für Andreas Blank, (SVP Aarberg) ist Ethers Anliegen zwar berechtigt. «Wenn man sich vorstellt, das „Bieler Tagblatt“ würde einmal nicht mehr existieren, wäre das für die Meinungsvielfalt eine Katastrophe.» Doch vor staatlichen Eingriffen in die Marktwirtschaft schreckt auch er zurück. Die

Linke wünscht sich ebenfalls eine unabhängige Presse, Möglichkeiten, wie der Staat sie unterstützen kann, sieht aber auch sie nicht.

Vorstösse zur Presselandschaft gab es früher schon, wie Roger Blum sagt. Auslöser dafür waren wie 1991 im Fall des „Tages-Anzeiger“-Chefredaktors Viktor Schlumpf jeweils die Absetzungen von Chefredaktoren. Heute geht es allerdings nicht mehr um die Zukunft der Chefredaktoren.

Abbaumassnahmen der letzten Monate

• AZ Medien Gruppe: —30 Stellen (10 Entlassungen), davon allein Aargauer Zeitung -8 Stellen • Ringier (Blick, etc.) -22 Stellen (16 Kündigungen) • L'Express/L'Impartial: -15 Stellen (8 Kündigungen) • Neue Zürcher Zeitung: 29 Entlassungen und vereinzelt Ausdünnung des Korrespondentennetzes • Basler Zeitung: -22 Redaktionsstellen (8 Entlassungen) (me).

KOMMENTAR

Tatbeweis

Die Printmedien, vorab die Stellenanzeiger, sind konjunkturelle Frühindikatoren. Sobald die Wirtschaft stottert, schlägt dies bei den Inseratebuchungen durch - so geschehen im Herbst auch beim «Bieler Tagblatt».

Schon eine Woche nach den Sommerferien - als die Finanzkrise Europa noch nicht erreicht hatte - war ein erster Rückgang spürbar der sich nun bei minus 30 Prozent eingependelt hat.

Damit gerät die hiesige Presse, ohnehin gebeutelt von Gratistiteln und Internet, stärker unter Druck. Schon in den letzten Jahren hat der Konzentrationsprozess zugenommen, so sehr dass das «Bieler Tagblatt» heute die grösste unabhängig gebliebene Tageszeitung im Kanton Bern ist. Titel wie «BZ» und «Bund» werden seit gut einem Jahr aus der Medienhauptstadt Zürich dirigiert. Nach Sparmassnahmen bei Druck und Verlag sind nun deren Redaktionen im Visier eines harten Benchmarkprozesses.

Dabei ist zu bedenken, dass Information keine beliebige Ware ist. Damit unsere Demokratie lebendig bleibt, haben Bund, Kanton und Bevölkerung ein vitales Interesse, unabhängige und vielfältige Medien zu fördern, ohne sie zu gängeln.

Es wäre schwer zu akzeptieren, wenn Ereignisse in der Bundeshauptstadt künftig nur noch aus einem Zürcher Blickwinkel rapportiert würden. Und es wäre bedauerlich, wenn künftig die für Auswärtige kaum fassbare zweisprachige Bieler Kultur allein aus Limmatperspektive eingeordnet würde.

Etters Vorstoss ist daher ein wichtiges Signal. Der Kanton sollte sich gut überlegen, was ihm seine zweisprachigen Medien bedeuten – und ob er deren Mehrkosten mittragen will.

Und die Leserschaft muss sich entscheiden, ob ihr eine eigenständige Tageszeitung wenigstens so viel wert ist wie eine sehr günstige Tasse Kaffee.